

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
Freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 45 Pf., Familienanz. 18 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 64

Berlin, Mittwoch, 19. August 1908.

vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Ende des Stettiner Kampfes. — Aus den Berichten
der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1907.
— 11. ordentlicher Delegiertentag des Gewerksvereins der
Deutschen Schneider und verwandter Berufe. — Allgemeine
Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. —
Anzeigen-Zeit.

Das Ende des Stettiner Kampfes.

Nachdem bereits am Freitag eine, wenn auch
nur geringe Zahl von Mietern zur Wiederaufnahme
der Arbeit beim „Vulkan“ sich eingestellt hatte,
haben auch die übrigen Mieter ihren Widerstand
aufgegeben und in einer am Sonnabend vormittag
abgehaltenen Versammlung mit ganz überwiegend
der Mehrheit beschlossen, am Montag die Arbeit
wieder aufzunehmen. Nach Schluß der Versamm-
lung begab sich sodann die Kommission der Mieter
zur Direktion des „Vulkan“, um Bericht zu er-
statten, worauf dann protokolllarisch festgelegt
wurde, daß, falls die Mieter sich am Montag in
ausreichender Anzahl zur Arbeit einstellen, der
„Vulkan“ am Dienstag den Betrieb voll wieder
eröffnen werde. Gleichzeitig erklärte sich die Di-
rektion bereit, unverzüglich darauf hinzuwirken,
daß die Stettiner Metallindustriellen zu gleicher
Zeit ihre Aussperrungen rückgängig machen und
die Gruppe der deutschen Seeschiffswerften bzw.
der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller
keine Beschlüsse außer Kraft setzt. Maßregelungen
sollen nicht stattfinden.

Danach haben die Mieter noch in letzter
Stunde die Einsicht gewonnen, daß sie im Inter-
esse einer so großen Zahl deutscher Arbeiter ihren
Widerstand aufgeben mußten. Wir begrüssen diesen
Vorgang, wodurch nicht allein die Arbeiterchaft,
sondern die gesamte deutsche Volkswirtschaft, die
daneben bereits schwer geschädigt wurde, vor einem
geradezu unübersehbaren Schaden bewahrt worden
ist. Damit soll natürlich das Verhalten der
Unternehmer keineswegs gerechtfertigt werden. Der
Plan, wegen des Verhaltens einiger Hundert Ar-
beiter Hunderttausende auf Pfahle zu werfen, ist
von der gesamten öffentlichen Meinung aufs
schärfste verurteilt worden. Der Eindruck, daß
man die günstige Gelegenheit benutzen wollte, die
Arbeiterorganisationen zu zerschmettern, hätte durch
alle noch so schönen Redensarten nicht verwischt
werden können. Wie der Kampf auch ausgegangen
wäre, den moralischen Erfolg hätten die Unter-
nehmer nicht auf ihrer Seite gehabt.

Der Kampf kann als beendet angesehen
werden. Da dürfte es angebracht sein, noch einige
kurze zeitgemäße Betrachtungen anzuknüpfen, wenn
auch heute sicherlich noch nicht das letzte Wort in
dieser bedeutungsvollen Bewegung gesprochen werden
wird. Wir haben bereits bei einer anderen Ge-
legenheit darauf hingewiesen, daß am Anfang des
Kampfes die Mieter die allgemeinen Sympathien
für sich hatten und daß die Stimmung sich erst
änderte, als sie neue Forderungen stellten und trotz
der angekündigten umfangreichen Aussperrung auf
ihrem Widerstande zu beharren erklärten. Daß
eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Arbeitern
alle Mahnungen, ja selbst Drohungen ihrer Organi-
sationsleitung in den Wind schlägt, ist zweifellos
eine für den Freund des Organisationsgedankens
unerfreuliche, zum Glück aber recht seltene Er-
scheinung. Es müssen also wohl in diesem Falle
besondere Gründe vorgelegen haben, und diese
Gründe erblicken wir in der verwerflichen Agitations-

weise, die dem deutschen Metallarbeiterverbande
nun einmal eigen ist. In den Versammlungen
wird den Arbeitern alles mögliche vorgebetet.
Die Phrasen vom Klassenkampf schwirren nur so
durch den Saal. Die Leidenchaften werden auf-
gepeitscht, und wenn dann die aufgeregten Arbeiter
sich zu unbedachten Schritten hinreißen lassen,
dann fangen die Führer an, die Bremsklötze an-
zulegen, dann wird die Bewegung plötzlich für
ungerechtfertigt erklärt. Wehe aber dem besonnenen
Arbeiter, der vorher zur Mäßigung rät! Er kann
sicher sein, daß Ausbrüche wie Harmoniebrüder,
Unternehmensbildung u. a. ihm an den Kopf ge-
worfen werden. Es sind Beweise genug vorhanden,
daß gerade in dieser Beziehung der Metallarbeiter-
verband in Stettin ein gerütteltes Maß der Schuld
auf sich geladen hat.

Auch die Abmachungen, die im vorigen Früh-
jahre in Hamburg getroffen worden sind und auf
deren Veröffentlichung wir noch immer vergeblich
warten, sind derartig leichtfertig von Seiten der
Leitung des Metallarbeiterverbandes getroffen
worden, daß die Mieter in bezug auf die Ueber-
stunden völlig der Willkür der Unternehmer preis-
gegeben werden.

Und dann die Zwiespältigkeit zwischen der
Leitung des Metallarbeiterverbandes einerseits und
dem „Korrespondenzblatt der Generalkommissionen
der Gewerkschaften Deutschlands“ auf der anderen
Seite! In einem von dem Metallarbeiterverband
herausgegebenen und von dem „Vorwärts“ weiter
verbreiteten Flugblatt wird ausdrücklich gesagt,
daß die Forderungen der Mieter gegen die Ab-
machungen mit der Gruppe deutscher See-
schiffswerften vom 4. Mai 1907 verstoßen. Das
„Korrespondenzblatt“ dagegen erklärt, daß
die Haltung der Vulkan-Direktion der für die
deutschen Seeschiffswerften zu Hamburg getroffenen
Vereinbarung widerspreche. Wer hat denn
nun eigentlich Recht? Daß unter solchen Um-
ständen die Mieter kopfschau wurden und schließlich
den Gehorjam kündigten, das wird niemand mehr
wundernehmen.

Nach alledem darf ruhig behauptet werden,
daß die an der Spitze der Bewegung stehenden
Führer des Metallarbeiterverbandes selbst die ge-
fährliche Situation geschaffen haben, die der
Arbeiterchaft in der deutschen Metallindustrie
drohte. Wäre die Aussperrung zur Ursache ge-
worden, so wären sie es gewesen, die den Scharf-
machern den willkommenen Vorwand dazu geliefert
hätten.

Nicht verdämen wollen wir auch, den schroffen
Kontrast hervorzuheben zwischen der Agitations-
weise der Verbändler und ihrem Verhalten
während der Bewegung. Vorher wurden die
schärfsten Tonarten angenommen und dem Klassen-
kampf konnten nicht genug begeisterte Hymnen ge-
sungen werden. Als aber die Bewegung im
Gange war, da frohen jene rebegewaltigen Führer
in das Mauseloch und ließen zu Duzenden von
Malen zu den Arbeitgebern, um sich den Rückzug
zu sichern. Wenn jemals Führer der Gewerk-
vereine so handelten, da möchten wir einmal sehen,
welch' Geschrei auf gegnerischer Seite erhoben
würde!

Für heute genug damit! Es wird uns sicher-
lich Gelegenheit gegeben werden, noch öfter über
den Mieterstreik zu sprechen. Für die Deutschen
Gewerksvereine bedeutet die Bewegung einen ge-

waltigen moralischen Erfolg. Der Grundsatz, daß
auf dem Wege der Verständigung versucht werden
müß, Differenzen zwischen Unternehmern und
Arbeitern auszutragen, hat sich hier von neuem
bewährt. Der Gewerksvereinsgedanke ist damit
wieder einmal praktisch anerkannt worden, während
der Grundsatz des Klassenkampfes völlig verjagt
hat. Neben dem äußeren Erfolge eines stattlichen
Mitgliederzuwachses muß uns gerade diese Tatsache
mit Freude und Genugtuung erfüllen und die
Ueberzeugung in uns festigen, daß die Ideen der
Deutschen Gewerksvereine schließlich doch den Sieg
in der deutschen Arbeiterbewegung davontragen
werden.

Wie groß und stark der Feind sich mache,
Wie hoch er schwinde Rut und Schwert,
So glaube doch, die gute Sache
Ist hunderttausend Köpfe wert.

Aus den Berichten der preussischen Ge- werbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1907.

(Schluß.)

Als Ursache für den Wechsel der Arbeiter in
ihren Arbeitsstätten kommt in erster Linie die Art
der Industrie in Betracht. In der Rübenzucker-
und Kartoffelstärkefabrikation, in Begeleien usw., zum
Teil auch im Baugewerbe, ferner in den Seifen-
industrien, wie der Konfektion, Putzmacherei, Zuder-
warenerzeugung wechseln die Arbeiter und Arbeit-
rinnen von Zeit zu Zeit ihre Stelle. Aber neben
diesem durch die Art der Industrie bedingten Ar-
beiterwechsel kommt noch ein dem Umfange nach viel
bedeutsamerer Wechsel in Betracht, der seine Ursache
in anderen Momenten hat. In den Berichten wird
da vielfach von einer Neigung des Arbeiters zum
Wechsel der Arbeitsstelle gesprochen, die sich nament-
lich im Laufe der letzten Jahrzehnte herausgebildet
haben und in besonders hohem Maße in den östlichen
Bezirken vorkommen soll. Wie stark dieser Arbeiter-
wechsel ist, das zeigen folgende Ausführungen des
Aufsichtsbeamten in Oppeln über den ober-schlesischen
Industriebezirk Ratowitz.

Der Wechsel der Belegschaft beträgt etwa zwei
Drittel der Gesamtarbeiterzahl und schwankt in den
einzelnen Industriezweigen durchschnittlich zwischen der
halben und der vollen Belegschaftszahl, er übersteigt diese
beträchtlich in einer gesundheitlich besonders bedenklichen
Beisitzheit, hat aber dort infolge der neuerdings vorge-
nommenen Verbesserung der Betriebsbedingungen und
Gesundheitsverhältnisse einen deutlichen Rückgang erfahren.
An dem scheinbar hohen Arbeiterwechsel nimmt nur etwa
1/3 der Belegschaft teil. Das zweite Drittel ist 1 bis
5 Jahre, das letzte Drittel über 5 Jahre, ein Zwanzigstel
über 25 Jahre in den Werken tätig. Reichlich 3/4 aller
Auscheidenden wechseln innerhalb Jahresfrist, die Mehrzahl
von ihnen schon in den ersten Monaten und durchschnittlich
2- bis 3 mal jährlich die Arbeitsstätte, sehr oft unter
Nichteinhaltung der Kündigungsfrist. In einem Aufsichts-
bezirk hat betnahe die Hälfte dieser Vertragsbrüchigen
es noch nicht einmal einen Monat auf der Arbeitsstätte
ausgehalten.

Wesentlich schwächer ist die Neigung zum Wechsel
der Arbeitsstätte in Mitteldeutschland. So kann der
Aufsichtsbeamte für Erfurt mitteilen:

Der Wechsel der erwachsenen Arbeiter in den gewerb-
lichen Betrieben ist als sehr geringfügig zu be-
zeichnen, von einigen größeren Fabriken wird sogar die
Stabilität als bemerkenswert hervorgehoben.

Ähnlich äußert sich auch der Beamte für Hildes-
heim. Etwas härter ist der Arbeiterwechsel jedoch
wieder im Westen, wie namentlich aus den umfang-
reichen Untersuchungen des Beamten für den
Regierungsbezirk Düsseldorf hervorgeht, der zu
dem Resultat kommt, daß namentlich die unge-
lernten Arbeiter leicht geneigt sind, ihre Arbeits-
stätte zu verlassen und sich eine neue zu suchen.
Dieser Hinweis, daß namentlich die ungelerten Ar-

beiter häufiger wechseln, kehrt in fast allen Berichten wieder. Ebenso kann aus allen Berichten herausgesehen werden, daß die jüngeren Arbeiter eine größere Neigung haben, die Stelle zu wechseln als die älteren und namentlich die verheirateten. Von großem Einfluß ist ferner die Zusammensetzung der Arbeiter nach Nationalitäten. So heißt es in dem Bericht aus Düsseldorf:

Für die Hochfenbetriebe einiger großen Hüttenwerke des Duisburger Bezirks ergibt sich ein monatlicher Wechsel von 13,6 pCt. und 13,40 pCt. im Jahresdurchschnitt. Der außerordentlich hohe Wechsel wird hier auch auf die große Zahl ausländischer Arbeiter zurückgeführt, die als Tagelöhner und Plazarbeiter verwendet werden.

Nicht zu unterschätzen ist ferner auch die örtliche Lage der Industrie. Die östlichen Provinzen klagen über die Abwanderung der Arbeiter nach dem Westen. Sobald irgendwelche Unbequemlichkeiten entstehen, so ergreift der Aufsichtsbeamte für Posen, packt der Arbeiter sein Kängel und wandert ab. Ferner wurde die Beobachtung gemacht, daß eine Industrie, sofern sie in einer großen Stadt angegliedert ist, mehr unter dem Wechsel zu leiden hat, als wenn sie sich auf dem Lande angegliedert hat. Die Ursache dafür ist zweifellos die größere Zahl der Anlagen, das größere Wohnungsangebot und die leichtere Umzugsmöglichkeit.

Neben den angeführten Umständen gibt es noch einige andere, die den Wechsel der Arbeitsstätte beeinflussen. Für alle aber gilt, daß sie namentlich dann von Bedeutung sind, wenn das wirtschaftliche Leben einen Aufschwung zeigt. Eingehend berichtet darüber der Aufsichtsbeamte von Düsseldorf:

Lebhafter Geschäftsgang, angestrengte Tätigkeit in allen Zweigen der Industrie schaffen reichliche Arbeitsgelegenheit und vermehrte Erwerbsmöglichkeit. Damit ist dem Arbeiter in der Regel Anlaß gegeben, höheren Lohn zu fordern, um seine Lebenshaltung zu verbessern. Er ist leicht geneigt, seine Arbeitsstelle zu wechseln, wenn diese Forderung nicht ohne weiteres bewilligt wird, weil er gewiß ist, bei dem lebhaftesten Wettbewerb jederzeit wieder lohnende Beschäftigung zu finden. Aus dem Aufsichtsbereich liegen von drei großen Werken der Eisenindustrie Zahlen aus dem Jahre 1903, einem Jahre wirtschaftlichen Niedergangs, und aus den günstigen Jahren 1906 und 1907 vor, die einen Beweis für die Unterschiede im Arbeiterwechsel liefern. Die Summe des Wechsels aller 12 Monate betrug bei diesen drei Werken im Jahre 1903: 20,3 pCt., 27,0 pCt. und 53,9 pCt., im Jahre 1906: 41,0 pCt., 70,7 pCt. und 58,1 pCt., im Jahre 1907: 40,0 pCt., 61,0 pCt. und 73,7 pCt.

Damit ist gleichzeitig die Hauptursache des Wechsels nachgewiesen. Es ist die Aussicht auf höheren Lohn, die in erster Linie den Arbeiter veranlaßt, sich anderswo Beschäftigung zu suchen.

Auch über den Alkoholgenuß und die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung sprechen sich die Berichte sämtlicher Gewerbeaufsichtsbeamten aus. Daß die Arbeitsart und die Umgebung von Einfluß auf den Alkoholgenuß sind, wird treffend von dem Beamten des Regierungsbezirks Köln dargetan.

Die Neigung zum Alkoholgenuß wird bei den Fabrikarbeitern durch verschiedene Einflüsse verfaßt, die in ihrer Tätigkeit und in den Verhältnissen, von denen sie an ihrer Arbeitsstelle umgeben sind, begründet sind. Man beobachtet, daß kräftige Menschen, die bei ungenügsamen Temperaturen in staubverfüllten oder gar mit giftigen Dämpfen angefüllten Räumen oder ungesundigt gegen die Einflüsse der Witterung körperlich schwere Arbeiten verrichten müssen, sich auch nicht vor der schädlichen Wirkung des Alkohols fürchten. Bei den in demselben Gewerbe tätigen Arbeitern wird die Neigung zum unmäßigen Genuß jedoch stark durch ihre Umgebung, sei es den ganzen Ort, in dem sie leben, sei es die Arbeitsstelle, an der sie tätig sind, beeinflusst. So kommt es vor, daß die Arbeiter bestimmter Gegenden, in denen der durchschnittliche Bildungsgrad der Arbeiter noch hinter dem anderer Gegenden zurücksteht, oder die Arbeiter solcher Fabriken, die sich wegen der in ihnen herrschenden Zustände mit sozial niedriger stehenden Arbeitern begnügen müssen, besonders zum Alkoholgenuß neigen. Der unter normalen Verhältnissen lebende Arbeiter hat im allgemeinen den Standpunkt des Alkohollässers überwunden, wenn er auch der Meinung ist, daß ihm gelegentlich ein Stimmungs- oder Aufreißungsmittel zuträglich sei.

Trotz alledem spricht sich die Mehrzahl der Berichte erfreulicherweise dahin aus, daß der Alkoholmißbrauch besonders im Laufe der letzten Jahre infolge der großen Aufklärungsarbeit der Fabrikinspektoren, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst abgenommen hat. Mit dazu beigetragen hat zweifellos auch das vielfach eingeführte Verbot des Einbringens von Alkohol, insbesondere von Branntwein in die Fabriken oder seines Genusses während der Arbeit. Ferner ist in den Arbeitsordnungen vielfach eine Strafe festgesetzt für den Fall, daß der Arbeiter betrunken zur Arbeit erscheint oder betrunken bei der Arbeit getroffen wird.

Ein übermäßiger Alkoholgenuß wurde insbesondere noch in den Ziegeleien sowie in den Brauereien und Brennerien angetroffen, sowie bei einigen Arbeiten, die im Freien ausgeübt werden, insbesondere in den Steinbrüchen. Für die in den Ziegeleien herrschenden Zustände sind die Ausführungen im Berichte des Regierungsbezirks Potsdam recht bezeichnend.

„Große Missetände hinsichtlich des Alkoholmißbrauchs bestehen noch in vielen Ziegeleien, in denen besonders der Schnapskonsum noch recht groß ist. Für diese Missetände müssen die in derartigen Anlagen herrschenden eigentümlichen Verhältnisse — der Unternehmer selbst, der Meister oder einer seiner Angehörigen ist meistens auch Inhaber der Kantine, und die Arbeiter wohnen oft auch auf der Ziegelei — verantwortlich gemacht werden. Die Einkünfte aus der Kantine bilden meist einen erheblichen Teil des Gehalts der Ziegelmeister, der den an barem Gelde häufig beträchtlich überheißt. Es liegt in der Natur der Sache, daß in solchem Falle der Ziegelmeister auf den Alkoholverbrauch insofern einen wesentlichen Einfluß ausübt, als die Arbeiter wissen, daß derjenige, der viel trinkt und dadurch seinem Meister zu verdienen gibt, seine Sorge um einen guten und sicheren Verdienst zu haben braucht. So gehört es nicht zu den Seltenheiten, daß Arbeiter täglich bis zu 2 Liter Schnaps trinken und für alkoholische Getränke bis zu einem Drittel ihres Verdienstes ausgeben. Der Anreiz zu großem Alkoholverbrauch wird bisweilen noch dadurch verstärkt, daß dem Arbeiter der Bohnenverbrauch kredittiert wird; dies geschieht zum Teil unmittelbar, zum Teil mittelbar durch Verabfolgung von Marken.“

Von großem Interesse sind auch die Ausführungen, die der Erfurter Beamte über die Zustände in Nordhausen gemacht hat. Er glaubt nämlich feststellen zu können, daß die Branntweinbrenner trotz des Branntweingenußes eine gesunde Krankenstatistik ergeben als die Brauer, insofern letztere doppelt so häufig erkranken wie die Brenner. Diesen Befund glaubt der Beamte erklären zu können durch die stärkere Schweißbildung bei den Brauereiarbeitern infolge der Aufnahme großer Mengen von Bier, durch Temperaturwechsel und Zugluft bei der Beschäftigung.

Alles in allem aber geht auch aus diesen Beobachtungen der Beamten mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Alkoholmißbrauch im allgemeinen abnimmt, je höher die Arbeiterkraft steht. Am wirksamsten kann ihm, wie der Berichtsersteller für Köln hervorhebt, also entgegengetreten werden, durch Förderung aller Bestrebungen, welche die soziale und geistige Hebung des Arbeiterstandes bezwecken.

11. ordentlicher Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Schneider und verwandter Berufe.

(Schluß.)

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete das Referat des Kollegen Krüger-Potsdam über: Agitation und Organisation. Er führte aus, daß eine rationale Propaganda ganz unerlässlich sei und es nicht anginge, nach dem Vorbild alter kaufmännischer Geschäfte die Sache für sich selbst wirken zu lassen. Durch die vor zwei Jahren erfolgte Anstellung eines Agitationsbeamten habe der Gewerkeverein diese Auffassung erfolgreich betätigt. Dem Fortschritt stellen sich zuweilen Hindernisse in den eigenen Reihen entgegen insofern, als ältere Mitglieder zu sehr des Unterstützungswesens in den Vordergrund rücken, die wirtschaftlichen Gesichtspunkte aber zurücksetzen. Wo derartige Wahrnehmungen gemacht werden, sei eine Reorganisation der Vereinsleitung dringend erforderlich. Sehr wichtig sei die Heranziehung und Heranbildung jüngerer Elemente, denn auf ihnen beruhe gerade die Zukunft der Gewerkevereinsbewegung. Geheft wird auch zuweisen bei der Vorbereitung von Agitationsversammlungen. Eine Ankündigung in der Zeitung sei allein noch keinesfalls ausreichend, vielmehr müßten Handzettel und Flugblätter die Arbeit vervollständigen, und besonderes Gewicht sei zu legen auf die Kleinarbeit des Werbens von Mund zu Mund. Natürlich könne der Vorstand nicht alles selbst machen, ein Agitationskomitee müsse ihm zur Seite stehen und das System der Vertretungsmänner sei bis ins kleinste durchzuführen. Endlich wäre Gewicht zu legen auf interessante Tagesordnungen, sozialpolitische und wirtschaftliche Thematika müßten zur Besprechung gestellt werden und die Heimarbeitersfrage verdiene vornehmlich Beachtung. Eine Ausdehnung des Heimarbeiterschutzes durch die Kommunen sollte angestrebt werden in dem Sinne, daß durch Ortsstatut die Krankenversicherung auf die gesamte Hausindustrie ausgedehnt werde. Auch über den Stadtbezirk hinaus müsse die Werbetätigkeit sich auf erreichbare Nachbarkorte erstrecken mit dem Endziel, alle Arbeiter und Arbeiterinnen für unsere Organisation zu gewinnen.

Das Referat wurde von den Abgeordneten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer sehr ausgedehnten Erörterung wurde beschlossen, dasselbe drucken und als Broschüre verteilen zu lassen.

Es wurde dann in die Beratung der einzelnen Anträge eingetreten. Nur die wichtigsten Beschlüsse können hier, kurz zusammengefaßt, wieder-

gegeben werden. Bezüglich des Eintrittsgeldes wurde beschlossen, daß dasselbe für die 1. Klasse 15 Pf., für die 2. Klasse 25 Pf., pro Woche betrage. Neueintretende männliche Mitglieder können nur in die 2. Klasse aufgenommen werden. Alle dem Gewerkeverein angehörenden weiblichen Mitglieder und Lehrlinge gehören der 1. Klasse an. Der Erhöhung der Beiträge entpöndere wurde auch eine Erhöhung der Leistungen und des Ausbaus des Unterstützungswesens vorgenommen. Von den Einnahmen der Ortsvereine müssen 70 Prozent an die Hauptkasse abgeführt werden, während 25 Prozent für Verwaltungskosten zurückbleiben. Den Ortsvereinen von mehr als 10 Mitgliedern ist das Recht eingeräumt, sich Lokalkasse anzustellen. Die Kosten dafür werden zu zwei Dritteln von den Mitgliedern aufgebracht, während ein Drittel der Hauptvorstand zahlt. Die Einführung von Lokalkassen ist zulässig, wenn drei Viertel der Mitglieder eines Ortsvereins dafür sind. Ohne vorherige Genehmigung des Hauptvorstandes darf nicht in eine Lohnbewegung eingetreten werden. Die aufgestellten Tarife sind vor der Einreichung zum Hauptvorstand zu gutachten. Den Mitgliedern wird es zur Pflicht gemacht, während einer Lohnbewegung dem Hauptvorstand fortlaufend eingehende Berichte zu erstatten.

Das Organ „Der Berichtsersteller“, welches fünfmal im Monat erscheint, wird der Gewerkevereins wurde nach Berlin verlegt. Der Delegiertentag soll künftig alle 3 Jahre ebenfalls in Berlin stattfinden. Zum Beitritt der Beamten in die Verbandskassensysteme und Zahlung der Hälfte der Beiträge erteilte der Delegiertentag ebenfalls seine Zustimmung.

Die Wahlen ergraben folgendes Resultat: Zum 1. Vorsitzenden des Gewerkevereins und Redakteur des „Berichtsersteller“ wurde der Kollege Krüger gewählt, zum 2. Vorsitzenden Kollege Klette. Zum Hauptstabsführer wurde Kollege Schwerdtfeger und zum Hauptkassierer Kollege Luskische wiedergewählt. Mitglieder im Hauptvorstand wurden die Kollegen Sonnenberg, Siegert und Schulte. Außerdem wurde eine Beschwerdekommision mit dem Sitz in Leipzig geschaffen. Mit der Vertretung auf dem Verbandstage der Deutschen Gewerkevereine wurden die Kollegen Krüger und Lohje betraut; in den Zentralrat wurde Kollege Schwerdtfeger, als dessen Stellvertreter Kollege Marten gewählt.

Erst am Sonnabend abend gelangten die Beratungen zum Abschluß. Nachdem noch der Vorsitzende den Abgeordneten den Dank für die rege Mitarbeit ausgesprochen und Kollege Klein in einem Liebesbrief über die Verhandlungen seiner Verteidigung über den guten Verlauf derselben Ausdruck verliehen hatten, wurde die Tagung um 9 Uhr mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sache der Deutschen Gewerkevereine geschlossen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 18. August 1904.

Von einer Kandidatur des Grafen Potodowsky zum Reichstage ist in den letzten Tagen viel geschrieben worden. Man will dem ehemaligen Staatssekretär das Mandat für den Wahlkreis Speyer-Rudwigsbafen, das durch den Tod des sozialdemokratischen Abg. Ehrhardt erledigt ist, verschaffen. Der Sieg wäre dem Grafen Potodowsky auch sicher, wenn alle bürgerlichen Parteien energisch für seine Wahl eintreten. Die Nationalliberalen, in deren Besitz früher das Mandat war, haben sich bereit erklärt, die Kandidatur zu unterstützen, und auch in Zentrumskreisen scheint man ihr nicht abgeneigt zu sein. Trotzdem wird offiziell vom Zentrum dazu erst in einigen Tagen endgültig Stellung genommen werden.

Graf Potodowsky als Reichstagsabgeordneter wäre sicherlich eine interessante Erscheinung, vorausgesetzt, daß er es nicht so macht, wie seinzeit Fürst Bismarck, der nach seiner Wahl in Neubaus-Gestemünde das ihm übertragene Mandat nicht ausübte. Wenn es ihm die deutsche Arbeiterichheit auch nicht vergessen wird, daß er die Zuchthausvorlage eingebracht und den Sozialist durchgeführt hat, so kann doch andererseits nicht geleugnet werden, daß mit ihm ein Mann in den Reichstag einzuziehen würde, der, nicht beengt durch die Fesseln, die ihm die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei anlegen würde, ein hohes Maß von Autorität und Sachkenntnis in die Waagschale werfen könnte. Aus diesem Grunde wünschen wir, daß Graf Potodowsky in den Reichstag einzizie, vorausgesetzt natürlich, daß er selbst überhaupt gewillt ist, die Kandidatur anzunehmen.

Mit dem landwirtschaftlichen Unterricht im Feere sollen im kommenden Winter gemäß einem Beschlusse des Reichstages in Preußen Versuche gemacht werden. Dazu hat das Reichsministerium folgende Leitsätze aufgestellt:

Der Unterricht muß fakultativ sein, darf nur in den Freistunden nach dem Tagesdienst stattfinden, nicht mehr als 2 Stunden in der Woche beanspruchen und der Landesverwaltung keine Kosten verursachen. Teilnehmen dürfen nur Mannschaften des 2. bzw. 3. Jahrganges und Unteroffiziere. Der Zweck der Kurse besteht natürlich in der Hauptsache darin, der durch die Dienstzeit hervorgerufenen Entfremdung von landwirtschaftlichen Beruf zu steuern und so ebenfalls zur Verbesserung der Landwirtschaft beizutragen. Der Unterricht soll nicht von militärischen Vorgesetzten, sondern von geeigneten Zivilpersonen erteilt werden und soll sich erstrecken auf Boden-, Düngung-, Pflanz-, Tier-, Frucht- und Betriebslehre. Die Vorträge müssen natürlich dem Verständnis der Mannschaften angemessen sein, auch könnten als Anschauungsunterricht Besuche von Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen an Sonntagen vorgenommen werden, wenn sich solche am Standorte befinden. Der Kursus hätte in den Monaten Januar bis April stattzufinden.

In Bayern sollen sich derartige Versuche wohl bewährt haben, und auch die Beteiligung an den Kursen soll recht zufriedenstellend gewesen sein. Trotzdem aber vermögen wir uns davon nicht allzu viel zu versprechen. Das wirksamste Mittel zur Befreiung der Leutenot besteht uneres Erachtens darin, daß man den Leuten neben anständiger Behandlung auskömmliche Löhne bezahlt. Dann werden sie schon von selbst nach ihrer Dienstzeit auf das Land zurückkehren.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung bildete den Gegenstand der Beratung in der letzten diesjährigen Sitzung des bayerischen Landtages, der inzwischen auch in die Ferien gegangen ist. Im Anschluß an einen im Februar d. Js. eingebrachten Antrag, nach welchem Arbeiterorganisationen, die bei Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, Staatszuschüsse erhalten sollen, war ein Ausschuß eingesetzt worden, der sich mit der Frage der staatlichen Arbeitslosenversicherung beschäftigen sollte. Dieser Ausschuß hat folgende Anträge an das Plenum gestellt:

1. Die Erstellung einer ganz Bayern umfassenden fortlaufenden Arbeitslosenstatistik baldigst in Angriff zu nehmen;
 2. ihre auf den Ausbau und die Zentralisierung des Arbeitsnachweises gerichteten Bestrebungen fortzuführen;
 3. bei den größten bayerischen Stadtgemeinden die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung nach dem System für ihre Gebiete anzuregen.
- Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde ein derartiger Antrag jedenfalls keine Gegenliebe finden. Allerdings ist auch noch nicht gesagt, daß die bayerische Regierung dazu ihre Zustimmung geben wird.

Krisenzeichen. Zahlreiche Porzellan- und Spielwarenfabriken in Sonneberg und Umgebung haben infolge schlechten Geschäftsganges und starker Verminderung der Ausfuhr die Arbeitszeit verkürzt. Dadurch ist das Einkommen zahlreicher Arbeiterfamilien erheblich verringert; viele Arbeiter sind überhaupt ohne jede Beschäftigung.

Eine starke Erregung kam auch in mehreren Versammlungen zum Ausdruck, die von Arbeitern des Bochumer Vereins einberufen waren. In den meisten Betrieben sind nämlich zehn- bis fünfzehnprozentige Lohnfürzungen vorgenommen worden, obgleich kurz vorher bekannt gemacht wurde, daß die Dividende in der Höhe von 15 Prozent zur Auszahlung gelangen würde. Man sieht daraus, daß selbst in schlechten Zeiten die Unternehmer recht auf sich selbst zu sorgen wissen. Die Leidtragenden sind stets die Arbeiter, und zwar deshalb, weil sie es noch nicht verstanden haben, sich in einheitlichen, unabhängigen Organisationen zusammenzuschließen.

Arbeiterbewegung. Am Montag morgen haben nahezu sämtliche Nieten des „Balkan“ die Arbeit wieder aufgenommen. Derjenigen Firmen der Sittiner Eisenindustrie, die bereits mit Ausperrungen der Arbeiter begonnen hatten, haben ihre Maßnahmen ebenfalls zurückgezogen und die Betriebe für alle Arbeiter wieder geöffnet. — In der optischen Industrie in Rathenow haben die Unternehmer den am 1. Oktober ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. — In Castrup b. Dortmund wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den Maurern 55 Pfg. und den Baugewerksarbeitern 45 Pfg. Mindestlöhndenlohn

gewährleistet. Bei einer Anzahl von Unternehmern, die sich weigern diese Löhne zu zahlen, sind die Arbeiter in den Streik getreten.

Die vom Minister des Innern eingeleiteten Einigungsverhandlungen im Buchdruckergewerbe zu Kopenhagen sind von Erfolg gekrönt gewesen. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen haben mit überwiegender Mehrheit die Vorschläge des Ministers angenommen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. — Eine allgemeine Aussperrung steht in der Kammgarnspinnerei von Brünn bevor. In einem Betriebe dafelbst sind Streitigkeiten ausgebrochen, die zur Arbeitsniederlegung führten. Infolgedessen hat der Arbeitgeberverband beschlossen, falls die Arbeit dafelbst nicht aufgenommen wird, am 22. August die Generalaussperrung vorzunehmen, die sich über 42 Fabriken erstrecken wird. — Nachdem in der Drehscheiben Brauerei in Mischel (Böhmen) die Arbeiter in den Ausstand getreten sind, haben auch in mehreren großen Brauereien in Saaz sämtliche Brauereiarbeiter die Arbeit niedergelegt, um eine 15prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. — In Schweden sind etwa 8000 in Schuhwarenfabriken beschäftigte Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Vergnügungsfüchtige „Genossen“. Wenn man gegen die Gewerkschaften nichts anderes mehr vorbringen konnte, denn machte man sich vielfach unter den „Genossen“ darüber lustig, wenn hier und da einmal ein Fest gefeiert wurde, das in etwas looserem Zusammenhang mit den Organisationsbestrebungen stand. Daß bei solchen Festen häufig, wie namentlich in Oberschlesien, örtliche Gewohnheiten mitsprechen, das macht dabei nichts aus. Die Hauptsache war, daß man die Festberichte benutzte, um die Gewerkschaften lächerlich zu machen. Nur um zu zeigen, daß die „Genossen“ auf diesem Gebiete auch recht leistungsfähig sind, seien folgende Vorgänge kurz erwähnt:

Um für die „freien“ Gewerkschaften im Voithinger Industriegebiet, das bekanntlich schwer zu bearbeiten ist, den Boden vorzubereiten, versiel man auf die gewöhnliche Idee, in Rillingen ein Tanzkränzchen zu veranstalten, verbunden mit Wetttrinken. Nach den Berichten sozialdemokratischer Blätter dauerte das Wetttrinken für 4 Uhr, und da man noch einen schlechten Versuch fürchtete, wurde aus der ganzen Umgebung Verstärkung herangezogen. Unorganisierte hatten 50 Pfg. Eintrittsgeld zu bezahlen, das für diejenigen, die sich den „freien“ Gewerkschaften anschließen wollten, als Eintrittsgeld in die Organisation angerechnet wurde. Ob die „Genossen“ mit diesem Trick auf ihre Rechnung gekommen sind, ist uns nicht bekannt geworden, auch nicht wer den Preis in dem Wetttrinken erhalten hat. Hoffentlich ist auch am andern Tage der moralische und der physische Kater nicht allzugroß gewesen.

Auch in Düsseldorf versiel man, Gewerkschaftsfeste zu feiern, wenn dieselben auch einen anderen Charakter als das eben geschilderte haben. Am Sonntag vor 8 Tagen zogen dort die Gewerkschaften mit 11 Musikkorps durch die Straßen. Radfahrer mit roten Fahnen bildeten die Spitze, dann folgten Frauen und Mädchen, die zahlreiche Kinder an der Hand führten. Der Festzug ging zum Zoologischen Garten, wo man sich mit Konzert, Volks- und Kinderbelustigungen, Gesang, Tanz und Feuerwerk zwei Tage vertrieb.

Wir finden selbstverständlich an dieser Art der Belustigungen durchaus gar nichts. Auch der Arbeiter verlangt sein Recht und darf Anspruch erheben darauf, sich zwanglos mit seinen Gefinnungsgenossen zusammen zu finden, um sich mit ihnen auszusprechen, die Familien miteinander bekannt zu machen und sich gegenseitig anzuregen. Wir führen diese Fälle auch nur an, um zu zeigen, daß die „Genossen“ gar keine Veranlassung haben sich darüber lustig zu machen, wenn Gewerkschaften ebenfalls gelegentlich ein solches Fest begehen.

Ein Mitgliederrückgang in den christlichen Gewerkschaften wird auch in der Nummer 32 des „Deutschen Metallarbeiter“, des Organs des christlichen Metallarbeiterverbandes, angegeben. Es heißt darin, daß die letzte Zählung eine Mitgliederzahl von 27 275 gegenüber 28 575 am vorhergehenden Vierteljahresschluß ergeben habe. Das bedeutet einen Rückgang um 1300 Mitglieder in einem Vierteljahr. Gerade die christlichen Blätter sind es gewesen, die am meisten Hallo gemacht haben, als in einigen Gewerkschaften die Mitgliederzahl etwas niedriger geworden war. Wäre man auf jener Seite so offen und ehrlich wie wir, dann würden sehr bald auch von anderen christlichen Organisationen derartige Mitglieder rückgänge veröffentlicht werden. Jedenfalls sollten sich die Christlichen etwas zurückhaltender benehmen und des Wortes eingedenk sein: Wer selbst im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

„Bund“ und „Vorwärts“. In unserer letzten Nummer berichteten wir von einem edlen Wettstreit, in welchem die beiden genannten Blätter sich gegen-

seitig den Vorrang abzulaufen bemühten. Der „Vorwärts“ hatte wieder einmal das Sündenregister eines Mannes aufgerollt, der jetzt Vorsitzender des Bundes der gelben Metallarbeiter in Berlin sein soll. Dagegen erklärt nun der „Bund“ in seiner Nummer 33 vom 16. August, — die nebenbei gesagt auch uns blau angestrichen zugegangen ist — daß ein solcher Bund nicht existiere, weshalb Schmidt auch nicht Vorsitzender desselben sein könne. Schmidt gehöre der gelben Arbeiterbewegung, deren Vertretung der „Gelbe Arbeitsbund“ ist, überhaupt nicht an.

Daraufhin verweist der „Vorwärts“ auf die Nummer 32 des „Bund“, in der folgender Bericht steht:

Am Sonntag, den 2. August 1908, fand im Kriegereinschule die erste Generalversammlung des Gelben Arbeiterbundes statt, die sich eines recht starken Besuchs erfreute. Zum ersten Vorsitzenden wurde Bürger Ernst Schmidt wiedergewählt. Stellvertreter wurde Kollege Reul.

Das ist natürlich sehr blamabel für den „Bund“ und beweist, mit welcher Unferromtheit, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, die Gelben ihre Behauptungen aufstellen. Man muß sich aber nicht scheuen, die „Vorwärts“ mit dieser ganzen Geschichte auch nicht tun. Das Sündenregister, das er von dem betreffenden Schmidt aufdeckt, war recht reichhaltig, und es hat sehr lange gedauert, bis der Metallarbeiterverband ihn von seinen Hochhüben abschüttelte.

Gefinnungsschnäffelei und Terrorismus sind die beliebtesten Mittel, mit denen die „freien“ Gewerkschaften für sich in neuester Zeit Propaganda zu machen suchen. Das beweist auch folgendes Rundschreiben, das die Filiale Berlin des Gemeindearbeiterverbandes an ihre Vertrauensmänner versandt hat:

An die Vertrauensleute!

Die einliegenden Flugblätter sind an alle Kollegen zu verteilen. Die Uebrigbleibenden müssen bei Gelegenheit später verteilt werden. Die feierzeit bekannt gegebenen Ausschüßanträge müssen ebenfalls den Kollegen bekannt gegeben werden. Borarbeiter Saager soll in der letzten Ortsversammlung berichtet haben, daß die Direktion für die Nachmittagsstunden 5 Minuten vor und nach der Frühstückzeit als Saagerzeit bemittelt habe. Es ist notwendig festzuhalten, ob dieser Bericht tatsächlich gegeben wurde und überall von den Ortsvereinsmitgliedern verbreitet wird.

Außerdem erbitte Mitteilung, wo Mitglieder des Ortsvereins offene Eäden (Restaurants, Geschäfte) haben. Ebenfalls ist festzustellen, ob dieselben Mitglieder eines sozialdemokratischen Wahlvereins sind. Genau angeben: Vor- und Zuname Wohnung

Kollegialen Gruß
Paul Schulz.

Das Rundschreiben ist in mancherlei Beziehung interessant. Zunächst geht daraus hervor, daß der zu unserem Ortsverein gehörende Borarbeiter Saager eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse mit hat herbeiführen helfen. Dann aber gestattet der zweite Absatz einen Einblick in die Agitationsweise der Herren Verbändler. Derselbe hat doch zweifellos keinen anderen Zweck, als die Mitglieder unseres Ortsvereins, deren Frauen nebenbei noch ein kleines Geschäft haben, zu boykottieren, und zwar lediglich deshalb, weil sie eben Mitglieder unserer Organisation sind. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Dann aber sollen diejenigen, die Mitglieder eines sozialdemokratischen Wahlvereins sind, offenbar aus demselben ausgeschlossen werden. Partei und Gewerkschaften sind ja eins! Nun, die Zahl der Wahlvereinsmitglieder wird sicherlich nicht allzu groß sein, und im übrigen werden die Wenigen, die wirklich davon betroffen werden sollten, den Verlust wohl zu verschmerzen wissen. Jedenfalls bietet das Rundschreiben ein interessantes Dokument für die Art, wie man auf jener Seite die Ueberzeugung Andersdenkender achtet.

Die Beamten von Organisationen werden vielfach nicht als Vertreter am Gewerbegericht zugelassen und zwar unter Berufung auf den § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, wonach Rechtsanwältinnen und Personen, die das Verbalten vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßvollmächtigte oder Beistände nicht zugelassen werden sollen. Ein Maschinenfabrikant in Kassel-Beitenhausen suchte sich diese Bestimmung ebenfalls zunutze zu machen, wurde aber vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu Kassel unter einer durchaus zutreffenden Begründung mit seinem Antrage auf Abweisung eines Gewerkschaftsbeamten zurückgewiesen. In der Begründung heißt es:

Die Erfahrung lehrt, daß die starre Handhabung des § 31 a. a. D. unter Umständen geradezu zu einer Art von Rechtsverweigerung führen kann, da in größeren Städten es dem ortsfremden Handlungsgehilfen und Arbeiter nur sehr schwer, vielfach gar nicht möglich ist, eine geeignete Vertretung durch einen Berufsgegenossen, Verwandten oder Bekannten zu erlangen. Ueberdies sehen es die Arbeiter vielfach nur ungern, daß ihre Angelegenheiten oder Arbeiter Vertretungen übernehmen. Insofern kann unter den heute obwaltenden Verhältnissen dem Kommissionsbericht zu § 31 des Gewerbe-

gerichtsgesetz nicht zugestimmt werden, wo es heißt: Es genügt, wenn sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber durch Angehörige, Berufsgenossen oder auch durch Freunde, soweit dieselben die Vertretung nicht geschäftsmäßig besorgen, vertreten werden können...

Der Standpunkt einer nicht zu engen Auslegung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes erscheint daher in dem Sinne des Gesetzes sowohl als auch mit dem Willen des Gesetzgebers im Einklang. Er entspringt auch den sozialen Anforderungen des praktischen Lebens. So sehr es notwendig und erwünscht ist, daß die Arbeiter, wo es nur möglich ist, ihre Sache selbst vor dem Gewerbegericht vertreten, ebenso notwendig ist es auch, daß diejenigen von ihnen, die wegen weiter Entfernung, Krankheit oder aus anderen Ursachen die gerichtlichen Termine nicht selbst wahrnehmen können, sich vertreten zu lassen in der Lage sind. Da der Kreis derjenigen Personen, die zu solchen Vertretungen bereit und geeignet sind, wie bereits dargelegt, erfahrungsgemäß nur klein ist, hat das Gewerbegericht zu Ratte die Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitersekretariate und den Vorsitz der städtischen gemeinnützigen Rechtsberatungsstelle bisher regelmäßig zur Projektvertretung zugelassen...

Es wäre sehr zu wünschen, daß alle Gewerbegerichte sich auf diesen vernünftigen Standpunkt stellen. Noch richtiger allerdings wäre es, wenn im Gewerbegerichtsgesetz selbst eine entsprechende Änderung vorgenommen würde.

Ein Bergbau- und landwirtschaftstreibender Konsumverein in England. Vor neun Jahren überzählte der Konsumverein in Desborough, der damals noch keine tausend Mitglieder zählte, die genossenschaftliche Welt damit, daß er die Manor House Farm in Desborough, ein 408 Acre umfassendes Freeholdgrundstück, um den Preis von 320 000 Mk. erwarb. Ein Teil des Grundstücks wurde in kleinen Parzellen von je einem Acre und 20 Ruten an Mitglieder verpachtet, ein anderer Teil wurde mit Wohnhäusern bebaut. Es sind bereits mehrere Straßenzüge vollendet. Ein dritter etwa 80 Acre umfassender Teil des Grundstücks birgt ein wertvolles Eisenerzlager, das jetzt von der Genossenschaft ausgebeutet wird. Es gelangen wöchentlich 40 000 Ztr. Eisenerz zum Verkauf; der Ertrag aus diesen Verkäufen kommt den Mitgliedern zugute. Der übrige Teil des Grundstücks wird landwirtschaftlich betrieben. So groß diese Farm auch ist, so ist sie dennoch inzwischen für den sich ständig ausdehnenden Betrieb zu klein geworden, so daß die Genossenschaft jetzt eine zweite 206 Acre umfassende Farm, hauptsächlich Weideland, gepachtet hat. Gegenwärtig besitzt der Konsumverein 20 Pferde, 180 Stück Mastvieh, 607 Schafe, 19 Schweine, 426 Stück Ferkelvieh, insgesamt 1252 Stück Vieh. Die Mitgliederzahl des Konsumvereins bezieht sich auf 1243 Personen.

Gewerbevereins-Teil.

§ Halle a. S. Am 23. August und folgende Tage findet hier in der alten Salz- und Seesalzstadt der Delegiertentag des Gewerbevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter statt. 30 Abgeordnete kommen außer dem Generalartrat zusammen, und nicht leicht wird die Tagung sein; denn ein großes Material ist zu bewältigen. Anträge sind eingegangen aus dem ganzen Deutschen Reich und bei Durchsicht derselben kann man die Wahrnehmung machen, daß ein gesunder Geist in unseren Mitgliederkreisen herrscht. Denn überall ist der Fortschritt, die Weiterentwicklung und der Ausbau unseres Gewerbevereins ins Auge gefaßt. Das ist nun auch kein Wunder. Steht doch eine Zeit hinter uns, in der wir schwer zu kämpfen hatten und die Arbeitsverhältnisse keine günstigen waren. Streiks, Ausperrungen, Arbeitslosigkeit und Betriebsbeschränkungen sind an der Tagesordnung. Nicht immer ist alles nach Wunsch gegangen, und doch hat sich die Überzeugung Bahn gebrochen, daß der vernünftige Gedanke meist siegt! Aber weiter wollen wir schreiten, nicht stille stehen. Unser Gewerbeverein muß den Platz, welchen er einnimmt, auch behaupten. Das ist nun Sache der Abgeordneten, da einzuschreiten, wo es Not tut, Verbesserungen zu treffen und die Ansichten der Mitglieder zu vertreten. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

An unsere Kollegen des 8. Bezirks und dessen weiterer Umgebung richte ich die Bitte, möglichst zahlreich am Sonntag, den 23. August, mit ihren Angehörigen einen Ausflug nach Halle a. S. zu unternehmen, denn wir Hallenser haben alles ausgedoten, diesen Tag recht angenehm und feierlich zu gestalten. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß alle Gewerbevereinskollegen und -Kolleginnen herzlich willkommen sind. Um 11 Uhr vormittags findet die Begrüßung statt. Nachmittags ist Vokal- und Instrumentalkonzert, unter Mitwirkung der Gewerbevereinsliedertafel. Für Belustigungen aller Art für Jung und Alt ist bestens gesorgt.

Kollegen! Halle ist der Mittelpunkt. Es wird daher nicht schwer fallen für diejenigen, welche Interesse daran haben, unsere Delegierten alle kennen zu lernen; namentlich die Mitglieder des Gewerbevereins der Fabrik- und Handarbeiter sollen sich dies nicht entgehen lassen. Darum auf, Sonntag, den 23. August, nach Halle!

M. Wöhlerben.

Verbands-Teil.

Verammlungen.

Berlin. Diskutterklub der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.). Verbandsversammlung der Deutschen Gewerbevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fallen die Sitzungen aus. — Gewerbevereins-Liedertafel (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 7-11 Uhr, Kellergesellschaft in Verbandslokal der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Diskutterklub Moabit. Nächste Sitzung am Freitag, 4. September bei Rabau, Waldstraße 53. — Sonnabend, 22. August. Maschinenbau- u. Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr bei Meldert, Bergstr. 69 (weißer Saal) Vers. mit Damen. Regitationsvortrag. Nach dem Fideletas. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Abends 8 1/2 Uhr, Rudolfsstr. 36a, Versammlung mit Damen. 1. Mitteilungen. 2. Monats-

bericht. 3. Vortrag des Herrn Missionars Waltherr: „Die deutschen Kolonien“. (Mit Lichtbildern.) 4. Verschickenes und Fragekasten. Hierauf: Gemütl. Aufsätze. — Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Rabau, Waldstraße 53. Vortrag des Herrn Dr. Moses über: „Vollbildung und Kultur“. Beitragsabgabe. Kohlenbestellung. Vokaltabelle. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Muskaustr. 55 bei Kiehl. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8-10 Uhr Zahlabend bei Schmann, Brunnenstr. 119. Vokaltabelle. Kohlenbestellung. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII. Abends 8 1/2 Uhr Vereinsversammlung mit Damen bei Trantow, Schönhauser Allee 65. Vortrag des Herrn Dr. Birnbaum: „Was muß der Mensch vom dritten Geschlecht wissen? (Homosexualität)“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX und XII. Mittwoch, 26. August, abends von 8-10 1/2 Uhr händl. Vortragsabend bei Schmann, Brunnenstraße 119. F.-D.: Punkt B des Gewerbevereinsprogramms. Am Sonntag, 28. August, nachmittags Besichtigung des Botanischen Gartens in Dahlem. Treffpunkt 1 Uhr am Potsdamer Bahnhof. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Sonnabend, 22. August, abends 8 1/2 Uhr, Kollwitzstr. 6, Vortrag des Herrn Drewn über: „Bedeutung der Volkshäuser“.

Orts- und Bezirksverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Köhler, Schulte-Mattler, Diskutterklub. — Wachen (Diskutterklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Diskutterabend bei Leuchter, Ede Hansemannplatz und Büttcherstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, ab 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poolstraße, Diskutterklub. — Spandau (Diskutterklub der Deutschen Gewerbevereine, S.-D.). Jeden Dienstag, ab 8 Uhr im Vereinslokal zur Palme, Ritterstr. Sitzung. Gäste willkommen. — Dresden (Diskutterklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — Brandenburg a. S. (Diskutterklub). Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab 8 1/2 Uhr, statt. — Hagen u. Umg. (Diskutterklub). 3. Sitzung jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — Köln (Diskutterklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant „Water Kolping“, Eiferstraße. — Hamburg (Diskutterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pactow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Ortsverband). Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskutterklub bei F. Eisenburger, Wandheimerstraße. — Mülheim a. Ruhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Möller, Sandstraße 38. — Witten (Ortsverband). Sonntag, 23. August, nachmittags 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung. Um 4 Uhr Verbandsversammlung in Witten im Lokale des Herrn Klante, Heilenstraße. Vortrag des Kollegen Braun-Dortmund über das Programm der Deutschen Gewerbevereine. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Oldenburg (Ortsverband). Ortsverbandversammlung am Sonntag, den 23. August, nachmittags 4 Uhr, bei A. Ried, Marktstraße. F.-D.: 1. Abschlus pro 2. Quartal. 2. Vortrag: Gewerbegericht und Verhältniswahl. Referent: Kollege Meyersbach. 3. Bezirksrat der Ortsverbände. 4. Besprechung über die hiesigen Arbeitsverhältnisse. 5. Verschiedenes.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Arbeitersekretär gesucht!

Unser Rührberger Arbeitersekretariat wird durch freiwilliges Ausscheiden seines bisherigen Leiters zum 1. Oktober 1908 frei. Es werden deshalb Neumeldungen von Kollegen, die insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete und agitatorisch erfahren sind, bis 1. September d. J. vom Unterzeichneten entgegengenommen.

Die schriftliche Anmeldung hat in Form einer kurzen Probechrift über die in Aussicht stehende Aufgabe des Bewerbers und dessen Lebensgang zu geschehen. Das jährliche Gehalt ist zunächst auf 1920 Mark festgesetzt.

Praktischer Bezirksverband.

J. A. Käfer, Vorsitzender, Rührberg, Zirkelschmiedgasse 13/15.

Der Gewerkverein Jahrgang 1907

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine erschien:

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908

von

Karl Goldschmidt,

Vorsitzendem des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.).

Worte: Ein Volk, ein Recht!

Diese 80 Seiten 80 umfassende Schrift sollte jeder Gewerbevereiner lesen und für den praktischen Gebrauch zur Hand halten. Mindestens sollte jedes Ausfühmtglied sich für die Versammlungstätigkeit daraus informieren. Um dies zu ermöglichen, haben wir den Preis für unsere Mitglieder auf 30 Pfg. für das Exemplar festgesetzt. 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Wir bitten um recht zahlreiche Aufträge. Das Geld ist mit der Bestellung an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223 einzulenden. Die Bestellung kann auf dem Postalschnitt erfolgen. Postanweisungen bis 5 Mk. kosten nur 10 Pfg.

Wosen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen Kollegen erhalten Verpflegung und ist dieselbe bei den Ortsvereinskollegieren und bei Friedrich Ehrlich, Breslauerstr. 20.

Essenach (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerbevereinskollegen erhalten Verpflegung und Nachquartier. Meldungen beim Ortsverbandskassierer Edmund Sarimann, Wiesenstr. 10.

Hamm (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Köhler, Uhländerstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten in Markt Reisingen, zugereichte, arbeitsfähige Mitglieder erhalten eine Karte für Abenbesen, Nachlogis und Frühkaffe.

M.-Glabbach-Rheydt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jedes Berufes erhalten 50 Pfg. Reisunterstützung im Gewerbevereinsbureau, Ede Kürperstr. und Sothenstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofes. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.

Hirschberg (Ortsverband im Rheingebiet). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten Unterstützungsmarken b. Herrn S. Klemm, Markt 3, die Unterstützung selbst (50 Pfg.) bei Herrn A. G. A. 14, alle Grenzstraßen.

Forst (Rauff) Ortsverband. Durchreisende Gewerbevereiner erhalten Verpflegungsarten beim Ortsverb.-Kassierer Karl Mengel, Köhlerstr. 14, am Bahnhof.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten in den Herbstmonaten im I und II freies Nachquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, S. Lüdemann, Goethestr. 7.